

**Chaos verhindern:
Nein zur Kündi-
gung der Personen-
freizügigkeit**

Es ist immer das gleiche Rezept: Man nehme einen unverfänglichen, möglichst mehrheitsfähigen Titel. Dann zähle man eine Reihe von mehr oder weniger weit verbreiteten Sorgen der Bevölkerung auf. Und drittens behaupte man dann, die Lösung der diesen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme sei keinesfalls kompliziert. Es genüge vielmehr, die Zahl der Ausländer:innen auf die eine oder andere Weise zu reduzieren, um sie – die Ausländer:innen und die Probleme – zum Verschwinden zu bringen.

Die lange Liste von solchen Projekten¹ beginnt mit den Schwarzenbach-Initiativen «gegen die Überfremdung» vom 7. Juni 1970 bzw. «gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz» vom 20. Oktober 1974, die mit 54 bzw. 65,8 Prozent Nein-Stimmen verworfen wurden. Es folgten am 13. März 1977 die «IV. Überfremdungsinitiative» der Republikaner und am 4. Dezember 1988 die Volksinitiative «für die Begrenzung der Einwanderung»

1 Initiativen, die sich auf eine Verschlechterung des Ausländergesetzes oder der Asylgesetzgebung fokussierten, sind hierbei nicht mitgezählt.

der Nationalen Aktion, welche noch deutlicher abgelehnt wurden. Als nächstes wurde im Mai 2000 die rechtsbürgerliche Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung» (auch «18-Prozent-Initiative» genannt) trotz SVP-Unterstützung mit 63,8 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Es folgte der Schock der SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung», die am 9. Februar 2014 eine äusserst knappe Mehrheit von 50,3 Prozent der Stimmenden überzeugte. Die nächsten beiden Projekte, die Ecopop-Initiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» noch im selben Jahr und die SVP-Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (auch «Kündigungsinitiative» genannt) 2020, wurden dann mit 74,1 bzw. 61,7 Prozent Nein-Stimmen wiederum klar abgelehnt.

Und jetzt ist also einmal mehr die SVP am Start. Sie hat sich mit den Slogans «Keine 10-Millionen-Schweiz» und «Nachhaltigkeitsinitiative» diesmal ein besonders eingängiges Framing ausgedacht. Denn ja, wer hat denn etwas gegen «Nachhaltigkeit» einzuwenden? Und wer freut sich schon auf eine «10-Millionen-Schweiz», eine Schweiz – so suggeriert es die SVP jedenfalls – mit volleren Zügen und Autobahnen und mutmasslich immer weiter steigenden Mieten?

Aber worum geht es diesmal tatsächlich?

Der Wolf im Schafspelz –
Der Weg ins Chaos

Die neue SVP-Initiative spricht von «nachhaltiger Bevölkerungsentwicklung», von der «Erhaltung der natürlichen Ressourcen» und von der «Leistungsfähigkeit der Infrastruktur». Zu einer Lösung all der Probleme, die sie damit scheinbar adressiert, trägt sie aber rein gar nichts bei. Sie ist damit nichts anderes als konzentrierte

Fremdenfeindlichkeit im heimatschützerischen Tarnmäntelchen.

Konkret fordert die Initiative, dass die Bevölkerung der Schweiz die Grenze von 10 Millionen Menschen nicht überschreitet. Schon ab 9,5 Millionen Einwohner:innen muss der Bund drastische Massnahmen zur Begrenzung der Wohnbevölkerung ergreifen. Bei aktuell 9,1 Millionen Einwohnern und angesichts des ungebrochenen Arbeitskräftebedarfs unserer Wirtschaft dürfte dieser Schwellenwert wohl bald erreicht sein – auch wenn die Schweiz wie so viele andere Länder langfristig eher Antworten auf das Problem einer schrumpfenden Bevölkerung und Wirtschaft finden muss.

Was dann folgt ist pures Chaos. Weitere Verschlechterungen der Asylgesetzgebung werden den Wachstumstrend nicht brechen. Wird dann der 10-Millionen-Grenzwert während zwei Jahren nicht eingehalten und können keine «Ausnahme oder Schutzklauseln» ausgehandelt werden, muss die Schweiz auch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen – ganz gleich, wie die Bevölkerungsprognosen und die soziale Problemlage dann aussehen. Und mit der Personenfreizügigkeit stehen dann auch gleich die ganzen Bilateralen Verträge auf dem Spiel. Mit anderen Worten: Es geht um eine Neuauflage der SVP-Kündigungsinitiative von 2020, nur diesmal geschickt hinter einer Nebelwand aus «Grenzwerten» sowie Nachhaltigkeits- und Dichtestress-Geschwurbel versteckt.

SVP-Kampagnen arbeiten gern mit Bildern einer idyllischen Schweiz, mit einer grünen Berglandschaft, mit Kühen und niedlichen weissen Schäfchen, unter denen bloss die – in der Regel ausländischen – schwarzen Schafe stören. Aber lassen wir uns nicht für dumm verkaufen. Die neueste Initiative malt zwar kräftig an der heilen Schweizer Idylle weiter, doch auf den zweiten Blick zeigt sich, diese Initiative ist alles andere als ein niedliches Schäfchen. Es

handelt sich hier vielmehr um den sprichwörtlichen Wolf im Schafspelz!

Neue fremdenfeindliche Diskriminierungen

Als Erstes nimmt die Initiative direkt Asylsuchende und dann Migrant:innen überhaupt ins Visier. Sobald die Schwelle von 9,5 Millionen Einwohner:innen erreicht ist, muss das Asylrecht radikal verschlechtert werden. Und ab 10 Millionen muss das internationale Abkommen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration gekündigt werden (UNO-Migrationspakt). Mit dem Abbau der Aufenthalts- und Familiennachzugsrechte sind neue Diskriminierungen und damit der Rückfall in die unhaltbaren Zustände aus der Ära des Saisonierstatuts² absehbar.

Bis in die 1990er-Jahre herrschte in der Schweiz ein System der Arbeitsmarktabstottung, das einen Teil der Arbeitnehmenden massiv benachteiligte. Das fremdenfeindliche Kontingentierungssystem bedeutete für Hunderttausende von Kolleg:innen und für ihre Familien unerträglich viel Not und Leid. Die Saisoniers reisten ein, arbeiteten hart und mussten wieder ausreisen, unsicher, ob sie im nächsten Jahr wieder einreisen konnten. Sie arbeiteten für wenig Geld, waren ihren Arbeitgebern völlig ausgeliefert und mussten in Baracken leben, durften ihre Familien nicht in die Schweiz nachkommen lassen. Die Schweiz missbrauchte die ausländischen Arbeitnehmenden als Konjunkturpuffer. Und genau zu dieser Schandfleck-Schweiz will jetzt die SVP zurück.

Zurzeit erlebe ich bei Gewerkschaftsveranstaltungen bzw. Diskussionen immer wieder: Unsere Kolleg:innen ohne Schweizer Pass sind schockiert, dass eine derartig

2 «Baracken, Fremdenhass und versteckte Kinder – Darum darf es in der Schweiz kein neues Saisonierstatut geben», hrsg. von Work/Gewerkschaft Unia, Bern 2014.

krass diskriminierende und menschenverachtende Initiative nach ersten Umfragen Aussichten auf Erfolg hat. Sie fühlen sich direkt angegriffen, denn ihre Rechte stehen auf dem Spiel: das Recht, mit seinem/seiner Partner/in und mit den Kindern zusammenzuleben, das Recht, die Arbeitsstelle frei zu wechseln, das Recht, den Kanton zu wechseln, das Recht auf Niederlassung und auf ein faires Einbürgerungsverfahren.

Das macht auch mich betroffen. Die Arbeit von Arbeitnehmenden ohne Schweizer Pass hält die Schweiz am Laufen: Mehr als ein Drittel der in der Schweiz geleisteten Arbeitsstunden wird von sogenannten Migrant:innen geleistet, meist in den Kernbranchen. Ohne sie gäbe es schlicht keine neuen Wohnungen, keine Tunnels und keine Strassen, kein Pflegeheim könnte funktionieren, die Spitäler müssten dichtmachen, Hotels und Restaurants sowieso, ganze Gewerbe- und Industriebranchen brächen zusammen und hinterherputzen würde ohne sie auch niemand mehr. Und diese Leistung, dieser kostbare Beitrag zu Gesellschaft und Wirtschaft – ganz zu schweigen von den elementaren Grund- und Menschenrechten – sollen plötzlich nichts mehr zählen, nur weil ein völlig willkürlicher Grenzwert zwei Jahre überschritten wird?

Das darf doch nicht wahr sein!

Gegen Lohnschutz und Arbeitnehmende

Das ist aber erst die erste Hälfte der neuesten SVP-Geschichte. In der zweiten zeigt der Wolf im Schafspelz erst so richtig seine Zähne. Und gebissen werden alle Arbeitnehmer:innen in der Schweiz.

Denn mit der angestrebten Kündigung der Personenfreizügigkeit sollen auch die der SVP verhassten flankierenden Massnahmen geschleift werden. Sie hätte zur Folge, dass die im Entsendegesetz enthaltenen Lohn-

schutzmassnahmen aufgehoben würden. Artikel 15 Entsendegesetz (EntsG) verknüpft das Lohnschutzsystem eindeutig mit dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Konsequenz: Wenn die Personenfreizügigkeit fällt, dann fällt auch das «Bundesgesetz über die flankierenden Massnahmen bei der Entsendung von Arbeitnehmer:innen und bei der Kontrolle der in Normalarbeitsverträgen vorgesehenen Mindestlöhne» (Entsendegesetz).

Im Entsendegesetz (Art. 15) ist der Lohnschutz verbunden mit Sanktionen wie Geldstrafen und Arbeitsverboten. Es regelt die Voranmeldung für Entsendebetriebe, damit Kontrollen zielgerichtet stattfinden können. Es ermöglicht durch Behörden angeordnete Arbeitsunterbrüche bei fehlbaren Betrieben. Es ist die Basis für die Kontrollorgane und für ihre Finanzierung, die Jahr für Jahr rund 160.000 Arbeitsverhältnisse in 37.000 Unternehmen kontrollieren und etwa 50 Millionen Franken an Lohnnachzahlungen zugunsten der Arbeitnehmenden durchsetzen.³ Es stellt die Gültigkeit und Durchsetzung von Mindestarbeitsbedingungen in allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen sicher. Es etabliert den Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung. Es ist die Basis für die Subunternehmerhaftung. Bei Annahme der Initiative würden all diese aufgelisteten Instrumente und solche, die wir bei der Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit demnächst noch erreichen werden, abgeschafft.

Damit würden die wildesten Träume der SVP-Spitzenpolitiker:innen wahr. Denn seit Jahren schon hetzen die

3 2023: 158.848 kontrollierte Personen in 36.597 Unternehmen, Bericht über die Flankierenden Massnahmen des SECO, 2023. Online: https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Arbeit/Personenfreizuegigkeit_und_Arbeitsbeziehungen/berichte-des-seco-ueber-den-vollzug-der-flankierenden-massnahmen/flam-bericht_2023.html (abgerufen am 11. Dezember 2025). 50 Millionen zurückgeforderte Beträge: Bericht über die Verteilung des SGB 2023, S.13. Online: https://www.sgb.ch/fileadmin/redaktion/docs/mk-cp/230109_JMK/154d__Verteilungsbericht_2023.pdf (abgerufen am 11. Dezember 2025).

Blochers, Aeschis und Dettlings gegen Gesamtarbeitsverträge und wirksame Kontrollen der Arbeitsbedingungen. Sie verleumdete die Kontrollorgane, fantasieren von übermächtigen Gewerkschaften und wollen am Ende nichts anderes als freie Bahn für Profitmaximierung und Herr-im-Haus-Ideologie. Arbeitnehmerrechte, Mindestlöhne, vertragliche Regulierungen und unabhängige Gewerkschaften stören dabei nur.

So wird das Ziel dieser neuesten SVP-Offensive klar: Es geht gar nicht um volle Züge und teure Wohnungen. Daran ändert die Initiative nichts. Es geht um die Abschaffung der Personenfreizügigkeit. Die SVP will Migrant:innen diskriminieren und damit die Arbeitnehmenden in der Schweiz spalten und schwächen. Sie will die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit loswerden, allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, Lohnkontrollen und am liebsten die Gewerkschaften samt Arbeitnehmerrechten überhaupt.

Extrem und brandgefährlich

Der Schock sass tief, als es im Februar 2014 zum knappen Ja zur «Masseneinwanderungsinitiative» kam. Wir Gewerkschaften hatten im Vorfeld vehement auf diese Gefahr hingewiesen und auf die Notwendigkeit gepocht, den Lohnschutz weiter auszubauen. Wir spürten auf den Baustellen und in den Betrieben eine enorme Verunsicherung der Arbeitnehmenden. Um dieser entgegenzuwirken, brauchte es konkrete Verbesserungen beim Lohnschutz. Doch Arbeitgeber und Bundesrat schalteten auf stur. Die Gefährlichkeit der Initiative wurde von den Arbeitgeberverbänden und dem Bundesrat arg unterschätzt. Unsere Gewerkschaftskampagne unter dem Slogan «Ohne uns keine Schweiz» konnte die Niederlage nicht verhindern. Nur dank einem schlampig formulierten Initiativtext und

kreativen Ideen in der praktischen Umsetzung konnte das Schlimmste – neue Diskriminierungen, die Schleifung des Personenfreizügigkeitsabkommens und der Zusammenbruch der Bilateralen Verträge – vermieden werden.

Mit einer Annahme der neuen SVP-Initiative wäre dieses Katastrophenszenario wieder auf dem Tisch. Kommt sie an der Urne durch, führt dies nicht nur zu einer Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik, sondern in absehbarer Zeit auch zum Ende der Personenfreizügigkeit und damit zum Ende unseres Lohnschutzes. Damit würde auch das ganze Bilaterale Vertragsgefüge mit der EU in sich zusammenstürzen. Die SVP nimmt dieses Risiko und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste trotz wachsender internationaler Spannungen und obwohl Trump einen Handelskrieg gegen die Schweiz führt in Kauf. Das zeigt, wie extrem und gefährlich diese Partei ist.

Extrem heisst leider nicht chancenlos. Bei Gewerkschaftsversammlungen fällt mir immer wieder auf, dass viele auf das Argument der «Nachhaltigkeit» ansprechen. Das ist nicht weiter verwunderlich, da Nachhaltigkeit genau wie Solidarität, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und Frieden Grundwerte unserer Gewerkschaft sind, die unsere Identität bilden. Zudem sind die Problemfelder der überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel oder der Staus und mehr noch die hohen Mieten und die Umweltprobleme real. Die verlogene SVP-Kampagne hat darum diesmal gute Chancen.

Es ist darum zentral, dass wir diese Kampagne frühzeitig kontern und die SVP demaskieren. Denn die SVP will keine Lösungen! Wie viele Male hat die SVP im Parlament konkrete Antworten auf die angesprochenen Probleme verhindert? Investitionen in den öffentlichen Verkehr und ein intelligentes Verkehrsmanagement, die das Problem der überfüllten Züge lösen können? Eine Bremse der Immobilienspekulation, die Verdichtung der Innenstädte

und die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sowie stärkere Mieterrechte, die das Problem des Mietpreiswuchers eindämmen könnten? Und die Verringerung der CO₂-Emissionen, mehr Energieeffizienz oder eine ökologische Landwirtschaft für mehr Nachhaltigkeit? All das können wir nicht mit der SVP, sondern nur gegen sie erreichen.

Wir haben den Abstimmungskampf aufgenommen. Wichtig ist es, auf der Strasse, in den Betrieben und überall nahe bei den Leuten zu sein und dabei konsequent die soziale Frage in den Mittelpunkt zu rücken. Denn eines ist klar: Die Rechte der Arbeitnehmenden müssen gestärkt und nicht geschwächt werden.